



DEUTSCHER NOTARVEREIN



Empfehlungen des Deutschen Notarvereins für
die Vergütung des Testamentsvollstreckers 2025

Editorial

Im Jahre 2025 jährt sich der Beschluss des Vereins für das Notariat in Rheinpreußen über die Empfehlung einer „Gebühr für die Tätigkeit des Notars als Testamentsvollstrecker“ zum 100. Mal. Diese später als sog. Rheinische Tabelle benannte Empfehlung war zunächst als Hilfestellung für die Notarkollegen, die auch als Testamentsvollstrecker tätig waren, gedacht. Im Laufe des vergangenen Jahrhunderts hat sie sich zur wohl meist genutzten Vergütungsempfehlung für Testamentsvollstrecker entwickelt. Heute dürften es nicht in erster Linie Notare sein, die sich der Vergütungsempfehlungen des Deutschen Notarvereins bedienen, sondern vielmehr Steuerberater, Rechtsanwälte und andere professionelle Testamentsvollstrecker. Zudem dienen die Vergütungsempfehlungen den Gerichten als Leitlinie bei der Bemessung der Testamentsvollstreckervergütung im Streitfall.

Im Jahre 2000 hat der Deutsche Notarverein die „Rheinische Tabelle“ überarbeitet und als „Empfehlungen des Deutschen Notarvereins für die Vergütung des Testamentsvollstreckers“ veröffentlicht. Die Gründe dafür sind ausführlich im damaligen Editorial erörtert worden.

Der Deutsche Notarverein hat sich, nicht zuletzt aufgrund vielfältiger Anregungen aus der Praxis, nunmehr entschlossen, erneut eine Überarbeitung vorzunehmen. Die Motivation dafür sind auch jetzt wieder eine Anpassung an die wirtschaftliche Entwicklung, aber auch die differenziertere Berücksichtigung der Verantwortung und der geleisteten Arbeit des Testamentsvollstreckers. Ausgangspunkt bleibt dabei eine wertbezogene Vergütung.

Die überarbeiteten Vergütungsempfehlungen stellen somit eine Fortentwicklung der Vergütungsempfehlungen aus dem Jahre 2000 auf der Grundlage von praktischen Erfahrungen und der Rechtsprechung dar. Sie stehen in der Tradition der „Rheinischen Tabelle“, sollten aber nicht mehr als solche bezeichnet werden. Das ist keine Geschichtsvergessenheit, sondern eine Notwendigkeit: Die Vergütungsempfehlungen des Deutschen Notarvereins sind nicht bloß Tabellenwerk, sondern auch umfassender ergänzender Textteil, der Abweichungen vom Normalfall behandelt. Die Bezugnahme auf die „Rheinische Tabelle“ ist daher irreführend.

Die Vergütungsempfehlungen des Deutschen Notarvereins zielen in erster Linie auf Testamentsvollstreckungen im Bereich eines sog. bürgerlichen Nachlasses ab. Für Großnachlässe sollte stets über eine individuelle Regelung der Testamentsvollstreckervergütung durch den Erblasser nachgedacht werden.

Der Deutsche Notarverein hat vor diesem Hintergrund

- gestützt auf die Erfahrungen der Praxis und den Stand der Rechtsprechung, ergänzt durch die Vertrautheit des Notariats insbesondere mit erbrechtlichen Fragen und zugrunde liegenden wirtschaftlichen Sachverhalten,
- in der Absicht, die Grundsätze zur Bemessung der Testamentsvollstreckervergütung auf eine möglichst breite und differenzierte Grundlage zu stellen,
- mit dem Ziel, Streit um die Angemessenheit der Testamentsvollstreckervergütung zu vermeiden,

die Empfehlungen des Deutschen Notarvereins für die Vergütung des Testamentsvollstreckers aus dem Jahre 2000 den heutigen Anforderungen entsprechend weiterentwickelt.

Empfehlungen des Deutschen Notarvereins für die Vergütung des Testamentsvollstreckers* 2025

* Aus Gründen der besseren Lesbarkeit haben sich die Verfasser entschieden, den Text im generischen Maskulin zu verfassen. Die in diesem Text verwendeten Personenbezeichnungen beziehen sich jedoch auf alle Geschlechter.

Vorbemerkung

Gemäß § 2221 BGB kann der Testamentsvollstrecker eine angemessene Vergütung verlangen. Zur Bestimmung der Vergütung ist der Wille des Erblassers maßgeblich und vorrangig. Ist ein solcher nicht feststellbar, wird die Angemessenheit der Vergütung nach der maßgeblichen Rechtsprechung definiert durch die vom Testamentsvollstrecker übernommenen Aufgaben und den Umfang seiner Verantwortung unter Berücksichtigung des Differenzierungsgebots. Die Empfehlungen des Deutschen Notarvereins zur Testamentsvollstreckervergütung stellen solche Kriterien der Angemessenheit zur Verfügung. Sie orientieren sich, wie bereits die Vergütungsempfehlungen aus dem Jahr 2000, an der Insolvenzzrechtlichen Vergütungsverordnung (InsVV).

Der Erblasser kann auch auf die Vergütungsempfehlungen Bezug nehmen. Im Rahmen seiner Testierfreiheit kann der Erblasser – auch im Wege der Ergänzung der Vergütungsempfehlungen – andere Berechnungsmethoden, wie etwa eine zeitbezogene Vergütung, vorsehen. Insbesondere bei Großnachlässen ist eine individuelle Regelung zu empfehlen.

Der Deutsche Notarverein schlägt vor, die neuen Vergütungsempfehlungen grundsätzlich für Erbfälle ab dem 1.1.2025 anzuwenden. Für länger dauernde Abwicklungsvollstreckungen und Dauertestamentsvollstreckungen gemäß den Abschnitten C. und D., bei denen der Erbfall vor dem 1.1.2025 eingetreten ist, wird die Anwendung der neuen Vergütungsempfehlungen empfohlen, wenn die Bemessungsgrundlage nach diesen Empfehlungen ab dem 1.1.2025 zu ermitteln ist.

A. Bemessungsgrundlage

I. Wert im Sinne des § 2311 Abs. 1 BGB

Die Bemessungsgrundlage für die Testamentsvollstreckervergütung ist der Wert (Verkehrswert) des Nachlasses im Sinne des § 2311 Abs. 1 BGB im Zeitpunkt des Todes des Erblassers, jedoch mit der Maßgabe, dass Verbindlichkeiten nur dann vom Bruttowert des Nachlasses abzuziehen sind, soweit der Testamentsvollstrecker nicht mit diesen befasst ist.

II. Teil des Nachlasses

Bezieht sich die Testamentsvollstreckung nur auf einen Teil des Nachlasses, so ist nur der der Testamentsvollstreckung unterliegende Teil des Nachlasses für die Bewertung des Nachlasses maßgeblich. Dies ist beispielsweise der Fall, wenn im Rahmen der Testamentsvollstreckung nur Vermächtnisse zu erfüllen sind oder nur eine Erbteilsvollstreckung vorliegt.

III. Vermögenswerte außerhalb des Nachlasses

Vermögenswerte außerhalb des Nachlasses (z. B. Versprechen der Leistung nach dem Todesfall gemäß §§ 331 ff. BGB, Lebensversicherungen, Anwachsungsfälle, etc.) sowie ein fiktiver Nachlass (z. B. wegen lebzeitiger Vorempfänge etc.) werden nicht bei der Ermittlung der Bemessungsgrundlage berücksichtigt, sondern ausschließlich im Rahmen von etwaigen Zuschlägen gemäß Abschnitt B. II.

IV. Wirksamwerden der Testamentsvollstreckung zu einem späteren Zeitpunkt

Wird die Testamentsvollstreckung nicht unmittelbar nach dem Tode des Erblassers wirksam, sondern erst zu einem späteren Zeitpunkt, ist die Bemessungsgrundlage gemäß Ziffer I. auf den Zeitpunkt des Wirksamwerdens der Testamentsvollstreckung zu ermitteln (z. B. bei aufschiebend bedingt angeordneter Testamentsvollstreckung).

B. Abwicklungsvollstreckung

Bei einer reinen Abwicklungsvollstreckung wird vorgeschlagen, die Vergütung nach folgenden Grundsätzen zu ermitteln:

I. Vergütungsgrundbetrag

Der Testamentsvollstrecker erhält in der Regel als Vergütungsgrundbetrag:

	Bemessungsgrundlage	Prozentsatz der maßgeblichen Bemessungsgrundlage
bis	350.000,- €	5,00 %
bis	700.000,- €	4,00 %
bis	3.500.000,- €	3,00 %
bis	7.000.000,- €	2,00 %
bis	35.000.000,- €	1,50 %
bis	70.000.000,- €	1,25 %
bis	350.000.000,- €	1,00 %
bis	700.000.000,- €	0,75 %

mindestens aber den höchsten Betrag der Vorstufe. Beispiel: Bei einer Bemessungsgrundlage von 380.000,- € beträgt der Grundbetrag nicht 15.200,- € (= 4,0 % aus 380.000,- €), sondern 17.500,- € (= 5 % aus 350.000,- €).

Übersteigt die Bemessungsgrundlage 700.000.000,- €, erhält der Testamentsvollstrecker von dem über 700.000.000,- € hinausgehenden Betrag zusätzlich 0,20 %.

Eine künftige Anpassung an die Preisentwicklung bleibt vorbehalten.

Der Vergütungsgrundbetrag deckt die Konstituierung des Nachlasses bis zur Abgabe der Erbschaftsteuererklärung ab, einschließlich der Überleitung des Nachlasses an einen Nachfolger als Testamentsvollstrecker oder Freigabe an die Erben.

II. Zu- und Abschläge zum Vergütungsgrundbetrag

1. Zuschläge

Eine den Vergütungsgrundbetrag übersteigende Vergütung kann in Form von Zuschlägen zum Vergütungsgrundbetrag insbesondere in folgenden Fällen anfallen:

i. Nachlassbezogene Erschwernisse

a) Aufwendige Konstituierung

Die Konstituierung des Nachlasses ist aufwendiger als im „Normalfall“. Ein „Normalfall“ liegt in der Regel vor, wenn der Nachlass lediglich aus Bargeld, Bankguthaben, Wertpapierdepot und/oder einer Immobilie (eigengenutzt oder vermietet) besteht und z. B. durch bloßes Einholen von Kontoauszügen, Grundbucheinsichten und Sichtung von Mietverträgen konstituiert ist.

Beispiele für aufwendige Konstituierung:

- Besondere Maßnahmen zur Ermittlung, Sichtung, Inbesitznahme oder Bewertung des Nachlasses.
- Ungeordneter Nachlass, insbesondere unübersichtliche oder unvollständige Unterlagen.
- Auslandsvermögen.

b) Besondere Maßnahmen bei der Verteilung des Nachlasses

Beispiele:

- Ausarbeitung und Aufstellung eines komplexen Auseinandersetzungsplans und dessen Ausführung.
- Aufwendige Erfüllung von Vermächtnissen, insbesondere bei Immobilien, Unternehmensbeteiligungen oder Auslandsvermögen.

c) Komplexe Nachlasszusammensetzung

Beispiele:

- Aufwendige Kapitalanlagen und Beteiligungen (nicht nur Standardwertpapiere und -fonds), Gesellschaftsbeteiligungen.
- Sammlungen, Kunstgegenstände.
- Mehrere Immobilien.
- Beteiligung an Erbengemeinschaft(en).
- Freiberufler-Praxis.
- Vielzahl von Verbindlichkeiten.
- Immaterielle und/oder digitale Güter/Rechte.
- Auslandsvermögen.

d) Aufwendige oder schwierige Gestaltungsaufgaben

Beispiele:

- Umstrukturierung(en).
- Umschuldung(en).
- Verwertung des Nachlasses.
- Konstituierung einer Stiftung.
- Berücksichtigung der Nacherbfolge.
- Mitwirkung bei der Erfüllung von Pflichtteilsansprüchen.

e) Mit Rechtsproblemen belasteter Nachlass

Beispiele:

- Rechtsstreitigkeiten mit Dritten (zu Erben, Vermächtnisnehmern und/oder Pflichtteilsberechtigten vgl. ii. c)).
- Prozessführung.

f) Steuerangelegenheiten, die über die Abgabe der Erbschaftsteuererklärung hinausgehen

Beispiele:

- Einkommensteuererklärung(en) des Erblassers.
- Ausländische Steuern.

g) Befassung mit Vermögen außerhalb des Nachlasses

Beispiele:

- Verträge zugunsten Dritter auf den Todesfall, insbesondere aus Verträgen mit Versicherungen oder Banken.
- Sog. fiktiver Nachlass (Berücksichtigung unentgeltlicher lebzeitiger Zuwendungen bei Pflichtteilsansprüchen).

ii. Personenbezogene Erschwernisse

a) Beteiligung nicht voll Geschäftsfähiger (insbesondere Minderjährige oder Betreute)

Beispiele:

- Einholung von Zustimmungen gesetzlicher Vertreter.
- Einholung von gerichtlichen Zustimmungen.

b) Vielzahl von Beteiligten

Beispiele:

- Umfangreiche/zeitintensive Korrespondenz.
- Abstimmungsbedarf mit Vielzahl von Beteiligten.

c) Zerstrittene Erben, Vermächtnisnehmer und/oder Pflichtteilsberechtigte

Beispiele:

- Schlichtungsbemühungen.
- Außergerichtliche Streitigkeiten und Prozessführung.

d) Auslandsbezug

Beispiele:

- Sprachhindernisse.
- Zustellungen im Ausland.
- Beteiligung ausländischer Behörden.

iii. Höhe des Zuschlags

Die Höhe des Zuschlags beträgt zwischen 1/10 und 10/10 des Vergütungsgrundbetrages pro Zuschlagsfall. Sie richtet sich nach den Umständen des Einzelfalls, bei denen der erhöhte Aufwand des Testamentsvollstreckers zu berücksichtigen ist sowie die Tatsache, ob der Testamentsvollstrecker zu seiner Entlastung externe Sachverständige hinzuzieht. Die Höhe des Zuschlags richtet sich auch danach, ob sich der Zuschlagstatbestand nur auf Teile des Nachlasses bezieht. Mangels besonderer Anhaltspunkte ist vom Mittelwert der Spanne auszugehen.

2. Abschläge

Ein Zurückbleiben hinter dem Vergütungsgrundbetrag kann in Form von Abschlägen vom Vergütungsgrundbetrag insbesondere in folgenden Fällen gerechtfertigt sein:

i. Nachlassbezogene Umstände

a) Bei besonders gut geordnetem Nachlass

Beispiele:

- Erblasser hat ein im Wesentlichen aktuelles Vermögensverzeichnis hinterlassen.
- Sorgfältige Dokumentation des Nachlasses durch Dritte.

b) Vorbefassung des Testamentsvollstreckers

Der Testamentsvollstrecker war bereits vor dem Erbfall mit der Verwaltung des oder eines Teils des Vermögens des Erblassers betraut.

ii. Personenbezogene Umstände

a) Erfüllung von Vermächtnissen oder Auflagen zu seinen Gunsten

Beispiel:

- Der Testamentsvollstrecker hat als Aufgabe die Erfüllung von Vermächtnissen oder Auflagen zu seinen Gunsten.

b) Testamentsvollstrecker reduziert mit den Beteiligten einvernehmlich seine Aufgaben

Beispiel:

- Erben erledigen Nachlassverwaltung (ggf. teilweise) selbst.

c) Vorzeitige Beendigung der Testamentsvollstreckung vor Konstituierung

Beispiele:

- Testamentsvollstrecker legt Amt nieder und die Testamentsvollstreckung endet damit gemäß der Verfügung von Todes wegen.
- Nicht, wenn ein Nachfolger ernannt wird (vgl. dazu Abschnitt E.II.).

iii. Höhe des Abschlags

Die Höhe des Abschlags beträgt zwischen 1/10 und 3/10 des Vergütungsgrundbetrages pro Abschlagsfall. Sie richtet sich nach den Umständen des Einzelfalls, bei denen insbesondere der verminderte Aufwand des Testamentsvollstreckers zu berücksichtigen ist. Mangels besonderer Anhaltspunkte ist vom Mittelwert der Spanne auszugehen.

III. Gesamtvergütung

Aus Vergütungsgrundbetrag und etwaigen Zu- und Abschlägen ist eine Gesamtvergütung zu bilden. Diese soll in der Regel das Dreifache des Vergütungsgrundbetrages nicht überschreiten und 5/10 des Vergütungsgrundbetrages nicht unterschreiten.

C. Dauertestamentsvollstreckung und länger dauernde Abwicklungsvollstreckung

I. Gesonderter Zuschlag

1. Dauervollstreckung gemäß § 2209 BGB und länger dauernde Abwicklungsvollstreckung

Bei einer Dauervollstreckung gemäß § 2209 BGB und bei einer länger dauernden Abwicklungsvollstreckung erhält der Testamentsvollstrecker unbeschadet einer Vergütung nach Ab-

schnitt A. und B. und ohne Geltung der Begrenzung auf das Dreifache des Vergütungsgrundbetrages einen jährlichen, gegebenenfalls zeitanteiligen Zuschlag. Eine länger dauernde Abwicklungsvollstreckung ist in der Regel anzunehmen, wenn der Testamentsvollstrecker zeitlich über den Abschluss der Konstituierung und die Abgabe der Erbschaftsteuererklärung hinaus Verwaltungstätigkeiten entfaltet.

2. Reine Verwaltungsvollstreckung

Bei einer reinen Verwaltungsvollstreckung (§ 2209 Satz 1 Var. 1 BGB) ohne Konstituierungsmaßnahmen beschränkt sich die Vergütung auf den Zuschlag gemäß diesem Abschnitt C. und ggf. D.

II. Bemessungsgrundlage

1. Wertveränderungen

Die für einen etwaigen Zuschlag maßgebliche Bemessungsgrundlage nach Abschnitt A. ist jährlich für den Berechnungszeitraum an die gegebenen Verhältnisse (Wertveränderungen) anzupassen.

2. Berücksichtigung des Wertes von Unternehmen und Unternehmensbeteiligungen

Erhält der Testamentsvollstrecker bei Unternehmen und Unternehmensbeteiligungen im Nachlass einen Zuschlag gemäß Abschnitt D. III., ist der Wert der Unternehmen und Unternehmensbeteiligungen beim Wert für den Zuschlag gemäß diesem Abschnitt C. nicht zu berücksichtigen.

III. Höhe

Bei einer maßgeblichen Bemessungsgrundlage von bis zu 700 Mio. € beträgt der Zuschlag jährlich 1/3 bis 1/2 % dieser Bemessungsgrundlage; aus einem darüber hinausgehenden Betrag erhält der Testamentsvollstrecker zusätzlich jährlich 0,10 % der Bemessungsgrundlage. Der Zuschlag beträgt jedoch in jedem Fall mindestens 2 – 4 % des jährlichen Nachlassbruttoertrags. In Fällen, die mit besonderen tatsächlichen oder rechtlichen Schwierigkeiten verbunden sind (z. B. beim sog. Testament für Menschen mit Behinderung oder bei angeordneter Nacherbfolge), kann eine Erhöhung des Zuschlags um weitere 10 bis 50 % des Zuschlagsbetrages gerechtfertigt sein. Bei der Bemessung der Zuschläge ist mangels besonderer Anhaltspunkte vom Mittelwert der genannten Prozentsätze auszugehen. Im Übrigen gelten die Kriterien für die Zu- und Abschläge gemäß Abschnitt B. II. entsprechend und sinngemäß.

D. Ergänzende Empfehlungen für Testamentsvollstreckungen über Unternehmen und Beteiligungen

I. Gesonderter Zuschlag bei Dauervollstreckungen und länger dauernden Abwicklungsvollstreckungen

Verwaltet der Testamentsvollstrecker Unternehmen oder Unternehmensbeteiligungen, die in den Nachlass fallen, erhält er bei einer Dauervollstreckung gemäß § 2209 BGB und bei einer länger dauernden Abwicklungsvollstreckung (vgl. Abschnitt C. I. 1) zusätzlich zu den Vergütungen nach Abschnitt A. und B. und ohne Geltung der Begrenzung auf das Dreifache des Vergütungsgrundbetrages einen weiteren jährlichen, gegebenenfalls zeitanteiligen Zuschlag.

II. Bemessungsgrundlage

Bei der Ermittlung der für den Zuschlag maßgeblichen Bemessungsgrundlage ist vom Verkehrswert des Unternehmens bzw. der Beteiligung entsprechend den Grundsätzen nach Abschnitt A. auszugehen. Sie ist jährlich für den Berechnungszeitraum an die gegebenen Verhältnisse (Wertveränderungen) anzupassen.

III. Höhe

1. Verwaltung des Vermögensstammwertes

Für die Höhe des Zuschlags im Normalfall, also Verwaltung des Vermögensstammwertes eines Unternehmens bzw. einer Unternehmensbeteiligung „von außen“, gilt Ziffer C. III. Etwaige Zuschläge für besondere Funktionen im Sinne der Ziffern 2 und 3 bleiben unberührt.

2. Treuhandlösung

Für die Übernahme der Unternehmerstellung bei Personen- oder bei Kapitalgesellschaften im Wege der Vollrechtstreuhand oder der Ermächtigungstreuhand (Treuhandlösung) oder wenn der Testamentsvollstrecker die Gesellschafterrechte in der Gesellschaft aufgrund Zulassung im Gesellschaftsvertrag oder aufgrund eines Beschlusses der Gesellschafterversammlung ausübt, kann der Testamentsvollstrecker 10 % des jährlichen Reingewinns oder – wenn höher – 2 bis 4 % aus 1/3 des Brutto-Unternehmenswertes zu Beginn der Testamentsvollstreckung (insoweit abweichend von Ziffer D. II.) verlangen. Eine etwaige Vergütung nach Ziffer 1 ist hierauf anzurechnen.

3. Zusätzlicher Zuschlag

Für folgende Aufgaben, die der Testamentsvollstrecker im Zuge der Verwaltung des Nachlasses übernimmt, erhält er einen zusätzlichen Zuschlag, und zwar

- i. für die Übernahme eines Zwerganteils an einer Nachlassgesellschaft, verbunden mit der Regelung in der Satzung der Gesellschaft, dass der Testamentsvollstrecker als Inhaber des Anteils nicht überstimmt werden kann, eine Vergütung in Höhe von 1/2 der Vergütung nach Ziffer 2.

- ii.* für die Tätigkeit als Bevollmächtigter der Gesellschafter-Nachfolger (Vollmachtlösung) eine Vergütung in Höhe von 1/2 der Vergütung nach Ziffer 2.
- iii.* bei einer Regelung, nach welcher sich die Erben gegenüber dem Testamentsvollstrecker verpflichtet haben, dessen Weisungen in Bezug auf die Ausübung ihrer Gesellschafterrechte in den zum Nachlass gehörenden Gesellschaften zu befolgen (Weisungsgeberlösung) eine Vergütung in Höhe von 1/3 der Vergütung nach Ziffer 2.

4. Tätigkeit als operatives Organ oder als Aufsichtsrats- oder Beiratsmitglied

Eine Vergütung, die der Testamentsvollstrecker ggf. von den jeweiligen in den Nachlass fallenden Unternehmen für eine etwaige Tätigkeit als operatives Organ oder als Aufsichtsrats- oder Beiratsmitglied erhält, ist auf den vorgenannten Zuschlag nicht anzurechnen, auch wenn zugleich eine der in Ziffer 2 und/oder Ziffer 3 aufgezählten Aufgaben erfüllt wird. Erhält der Testamentsvollstrecker für eine derartige Tätigkeit von den in den Nachlass fallenden Unternehmen keine Vergütung, hat er zusätzlich zu den Zuschlägen gemäß Abschnitt D. Anspruch auf eine Vergütung, die üblicherweise für eine derartige Tätigkeit in vergleichbaren Unternehmen gewährt wird.

E. Mehrere Testamentsvollstrecker

I. Parallele Tätigkeit

1. Zuschlag bei Erschwernissen durch die Tätigkeit mehrerer Testamentsvollstrecker

Bei Erschwernissen durch die Tätigkeit mehrerer Testamentsvollstrecker kann ein Zuschlag in Höhe von 1/10 bis 5/10 des Vergütungsgrundbetrages gerechtfertigt sein. Die Höhe des Zuschlags richtet sich nach den Umständen des Einzelfalls, bei denen der Aufwand des jeweiligen Testamentsvollstreckers und seine Verantwortung zu berücksichtigen sind. Mangels besonderer Anhaltspunkte ist vom Mittelwert der Spanne auszugehen. Im Übrigen gelten die Kriterien für die Zu- und Abschläge gemäß Abschnitt B. II. entsprechend und sinngemäß.

2. Gemeinschaftliche Testamentsvollstreckung

Bei gemeinschaftlicher Testamentsvollstreckung (ohne oder mit gleichwertiger Aufgabenverteilung im Innenverhältnis) ist die Vergütung nach Köpfen aufzuteilen.

3. Nicht gleichwertige Geschäftsverteilung im Innenverhältnis

Bei gemeinsamer Verantwortung der Testamentsvollstrecker nach außen, aber nicht gleichwertiger Geschäftsverteilung im Innenverhältnis, ist die Vergütung angemessen, unter Berücksichtigung der Aufgabenbereiche, aufzuteilen.

4. Gegenständliche Verteilung der Aufgaben im Außenverhältnis

Bei vom Erblasser angeordneter gegenständlicher Verteilung der Aufgaben im Außenverhältnis ist die Vergütung entsprechend der jeweiligen Verantwortung des Testamentsvollstreckers aufzuteilen.

II. Sukzessive Tätigkeit

Bei sukzessiver Tätigkeit erhält der Nachfolger die Vergütung nur für die Tätigkeit, die nicht bereits der Vorgänger abgeschlossen hat. Beispiel: Ist die Erbschaftsteuererklärung bereits abgegeben, so erhält der Nachfolger keinen Vergütungsgrundbetrag.

F. Auslagen

Der Ersatz von Auslagen richtet sich nach Auftragsrecht mit der Maßgabe, dass zu den ersetzenden Aufwendungen die Kosten für eine angemessene Vermögensschadenhaftpflichtversicherung gehören.

G. Berufsdienste

Berufsdienste des Testamentsvollstreckers, z. B. als Rechtsanwalt oder Steuerberater, werden gesondert vergütet, es sei denn, sie gehören zur ordnungsgemäßen Testamentsvollstreckung.

H. Umsatzsteuer

Eine etwa anfallende Umsatzsteuer ist in der vorgenannten Vergütung nicht enthalten.

I. Fälligkeit der Vergütung / Entnahme der Vergütung

I. Abwicklungsvollstreckung

Die Vergütung für die Abwicklungsvollstreckung (Vergütungsgrundbetrag einschließlich Zu- bzw. Abschläge) ist grundsätzlich fällig mit Beendigung der Tätigkeit als Testamentsvollstreckter, d. h. regelmäßig mit Abgabe der Erbschaftsteuererklärung bzw. mit Abschluss der Tätigkeit. Die Steuerfestsetzung durch die Finanzverwaltung ist nicht notwendig.

II. Zuschlag nach Abschnitt C.

Der Zuschlag nach Abschnitt C. ist jährlich nachträglich fällig.

III. Zuschlag nach Abschnitt D.

Der Zuschlag nach Abschnitt D. bei Testamentsvollstreckungen über Unternehmen und Beteiligungen ist jährlich nachträglich entsprechend dem Rechnungslegungsrhythmus des zu verwaltenden Unternehmens fällig, bei mehreren Unternehmen mit unterschiedlichem Rechnungslegungsrhythmus im Zweifel kalenderjährlich.

IV. Vorschüsse

Der Testamentsvollstrecker kann unter Berücksichtigung seiner bereits geleisteten Tätigkeit Vorschüsse auf die Vergütung verlangen, wenn die Testamentsvollstreckung länger als sechs Monate dauert oder wenn besonders hohe Auslagen erforderlich werden, sofern diese Auslagen nicht ohnehin vom Nachlass bestritten werden.

